

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

# Gießener Anzeiger

## General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Großhessischen Universitäts- und Landesbibliothek, K. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 6961. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

### Die unnötige Kriegsfurcht der Sparer.

Der Antikrieg oder — wie das schöne deutsche Wort dafür lautet — der Run auf die Sparfassen hat ein wenig nachgelassen. Die anfängliche Kopfschüttelung scheint sich allmählich zu weichen. Die Massensuggestion beginnt ihre Macht zu verlieren. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß eine Ansammlung von einigen hundert Sparfassenbuch-Inhabern vor einem Sparfassengebäude viel wirkungsvoller aussieht, als sie in Wahrheit bedeutet. Dazu kommt, daß die Reporterphantasie in diesen erregten Zeiten viel eifriger arbeitet als sonst. Am Dienstag hieß es, sämtliche kleinen Sparrer hätten bei der hiesigen Sparkasse Berlin ihre Guthaben abgehoben. In Wirklichkeit waren es am Montag 7000 und der gesamte abgehobene Betrag belief sich auf 935 000 M.; am Tage darauf sank er auf 885 000 M. Das will diese Summe gegenüber den fast 400 Millionen Mark Einlagen bei der Berliner Sparkasse besagen! Die abergläubischen Vorstellungen waren unter den abholungs-lustigen Leuten verbreitet. Die einen meinten, der Staat lege, sobald ein Krieg ausbräche, auf alles Geld der Sparkasse Beschlagnahme. Andere wieder — namentlich ältere Frauen wollten das mit eigenen Augen gesehen haben — schätzten, wie alles Geld der Sparkasse „vermagelt“ und verscharrt würde, damit keiner, vor allem nicht der Feind, heranköme. Selbstverständlich sind alle diese Angaben Hirngespinnste, lächerliche Angsterzeugnisse. Ganz abgesehen davon, daß jede vernünftige vernünftige Sparkasse möglichst schnell dafür sorgt, ihre Gelder sicher und zinsbringend anzulegen (wie sollte sie denn anders die Zinsen gewinnen, die Verwaltungskosten decken und noch für gemeinnützige Zwecke einen Ueberschuß herauswirtschaften?) wird weder ein Staat noch eine fremde Macht Sparfassenbesitzer mit Beschlagnahme belegen. Im wannigen Grundbesitz. Vor allem schüßen internationale Umwandlungen das private Eigentum.

Wie aber sollte der eigene Staat dazu kommen, das Geld seiner Sparrer mit Beschlagnahme zu belagern. Weichen wir einmal beim Deutschen Reich. Nehmen wir einmal an, es würde in einen Krieg verwickelt, obgleich die heutigen halbamtlichen Meldungen aus Berlin, Petersburg und Paris eine gewisse Entspannung verkünden. Wie steht es da mit unserer finanziellen Kriegsbereitschaft? Der jetzige Oberbürgermeister Berlins, Erzmann, Vermuth, kam, als er in einer Unterredung mit unserm Berliner Korrespondenten, auf die Unklarheit der kleinen Sparrer hinwies, auch auf die finanzielle Kriegsbereitschaft zu sprechen. Er durfte sich dabei, ohne ruhmbetrig zu werden, auf eine gewisse Erfahrung stützen seiner früheren Stellung als Staatssekretär des Reichsschatz-amtes berufen. Er erklärte unumwunden, daß unsere finanzielle Bereitschaft in erster Zeit die denkbar beste ist. Mit absoluter Sicherheit seien im gegebenen Zeitpunkt alle Maßnahmen — sowohl technische wie wirtschaftliche — ein, um in wenigen Tagen die nötigen Summen für den Krieg aufzubringen. Die Frage, ob Deutschlands finanzielle Leistung die Gewähr bietet, daß sein Wirtschaftslieben den Anforderungen eines Krieges gewachsen ist, muß unbedingt bejaht werden. Das braucht man nicht im Ueberschwung patriotischen Gefühls zu verheeren; das lehrt uns ein nüchternes Rechenexempel: Wer öfter in die Spalten des Handelsnießes unserer Zeitung geblickt hat, wird sich vielleicht mitunter gewundert haben, über welche hohe Goldreserve unsere Reichsbank, die übrigens aus wohlwollenden Kreisen kein reines Staatsinstitut ist, verfügt. Nach dem Ausweis für die dritte Juliwche war ein Goldbestand von 1367 Millionen

im Besitz des Zentralinstituts. Daneben verfügte die Bank über 65 Millionen Reichsmarkenscheine und außerdem noch über 65 Millionen Reichsmarkenscheine Retaktwert. Sie hätte auf Grund eines Barbestandes von 1757 Millionen Mark das dreifache in Banknoten ausgeben können: 5271 Millionen. Am genannten Tag aber betrug der Notenumlauf nur 1891 Millionen Mark. Er hätte demnach sofort um 3380 Millionen vermehrt werden können. Doch haben wir dabei den Kriegsschatz im Palasturm, der seit der Zahlung der französischen Kriegsgeldentlohnung unbenutzt liegt, und die neue Kriegskasse, von der rund 85 Millionen vorhanden sind, noch außer acht gelassen. Beide Goldreserven werden im Kriegsfall (die zweite ist es schon vorher) in die Verwertung der Reichsbank gegeben, die diesen Zuwachs an Gold durch Ausgabe von Noten gleichfalls verdreifachen kann. Aus den rund 200 Millionen Gold würden also rund 600 Millionen Papiergeld, so daß — der Status vom 23. Juli zugrunde gelegt — ein Plus von rund 4 Milliarden an Reichsbanknoten möglich wäre. Damit ließe sich der erste, der sog. Angstbedarf decken. Geheimrat Nieher hat in seinem bekannten Buch „Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung“ die Kosten für Meer und Flotte in den ersten sechs Wochen nach der Kriegserklärung auf 1800; den Bedarf für Industrie, Handel und Gewerbe und Landwirtschaft auf nicht weniger als 1500 Millionen geschätzt. Rechnet man noch 600 Millionen dazu, die das Publikum aus seinem Guthaben, Sparfasseneinlagen usw. zurückzieht, so sind im höchsten Fall 4000 Mill. Mark an Zahlungsmitteln aufzubringen. Dazu ist die Reichsbank aber ohne weiteres in der Lage. Dazu bedarf es keiner „Beschlagnahme“ der Sparfassen. Woju also die unnötige Angst umsonst, als wir noch gar nicht in einen Krieg verwickelt sind. Ruhe und Besonnenheit sei also auch dem deutschen Publikum empfohlen.

### Aus Albanien.

#### Ruhender Friede in Albanien?

Rom, 31. Juli. Einer österreichisch-italienischen Konflikte eine gewisse Beruhigung bemerkbar. Die italienischen und Österreicher haben, wie man glaubt, im Hinblick auf die militärischen Operationen eingeleitet. Man ist der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen den feindlichen Parteien im Gange ist.

Durazzo, 29. Juli. Bei der Uebersendung des Entlassungsgeldes der holländischen Mission erklärte der Herr den Fürsten, daß die Holländer Albanien im gegenwärtigen Augenblick nicht verlassen, jedoch nach Klärung der Verhältnisse dies nicht geschehen würden. Morgen werden die beiden Kinder des Fürsten nach Skutari gebracht.

### Kirche und Schule.

D. Lauterbach, 30. Juli. Gestern tagte hier die Synode des evangelischen Dekanats Lauterbach. Sie nahm ihren Anfang mit einem Gottesdienst, in dem Stadtpfarrer Boeckner-Schliß predigte. Es folgten im Konfirmandensaal die geschäftlichen Verhandlungen. Dekan Müller erstattete den Jahresbericht des Dekanatsausschusses über das Jahr 1913. Es sei daraus Folgendes bemerkt: Geboren wurden im Dekanat 532 Kinder, 88 weniger als im Vorjahr. Trauungen fanden 189 statt, vier weniger als 1912. Kirchen- und Abendmahlsbesuch haben gegen das Vorjahr keine nennenswerte Veränderung aufzuweisen. Für Werke der Wohltätigkeit wurden aufgebracht 31 330 M., ein Mehr von 7000 M., wobei die Jubiläumsspende für die Mission wesentlich mitgewirkt hat. — Es folgten sodann kirchliche Wahlen. 44 Abgeordnete waren anwesend. Als Landes-synodalabgeordnete wurden wiedergewählt Dekan Müller

mit 30 Stimmen und Geh. Justizrat Wabf-Schliß mit 29 Stimmen; deren Stellvertreter wurden Harrer Kaumann-Rieder-Roos und Bürgermeister Rabener-Anger-Baach. In den Defensitätsauschuss wurde gewählt Stadtpfarrer Boeckner-Schliß. — Harrer Württel hielt sodann einen Vortrag über: „Die Befreiung des weltlichen Bewusstseins und ihre Folgen“. Die Befreiung des weltlichen Bewusstseins und ihre Folgen entgegengesetzt werden? Schließlich fand folgende Entscheidung Annahme, die dem Prälaten D. Fiedler über-mittelt werden soll: „Euer Hochgeboren haben bei der Beratung des Lebensgesetzes in der Ersten Kammer mit reichhaltiger Entscheidung die Interessen der evangelischen Kirche und des protestantischen Staatsgedankens vertreten. Wir wissen dies umso mehr zu schätzen, da Sie als der Einzige die Grundzüge vertreten, deren Behauptung die Pflicht sämtlicher evangelischen Glieder der Ersten Kammer gewesen wäre. Sie heute in Lauterbach tagende Defensitäts-synode spricht darum Euer Hochwürden als dem Vertreter der Landeskirche ihre Hochachtung und ihren Dank aus.“ — Nach Schluß der Synode folgte ein gemeinsames Essen im Hotel Schütz.

### Sitzung der Stadtverordneten.

Gießen, 30. Juli.

Oberbürgermeister Keller eröffnete die Sitzung um 4 Uhr und macht die Mitteilung, daß der Kassinschutzverein der Stadt für den geistlichen Ehrenpreis zur Ausstellung in einem Schreiben gedankt habe.

Der Verband der hessischen Bauernvereine hat beantragt, den städtischen Zuschlag zur Verfügung der Wasserversorgung fallen zu lassen. Der Antrag wird dem Ausschuss überwiesen.

Die Bierbeschlagnahme ist vom Bahnhof der Bierbroschüre hinter das Elektrizitätswerk verlegt worden. Dazu ist eine Ueänderung der Polizeiverordnung über das Schwemmen der Bäche in der Bahn nötig geworden, sie wird genehmigt.

Das Baugesuch der Firma Julius Rosenthal & Co. für die Kreuzerstraße und das Baugesuch des Eisenbahnbetriebs-amtes I zur Errichtung eines Aufschubraumes auf dem Bahnhof wird von dem Ausschuss befürwortet und findet die Genehmigung der Veranlagung. Ebenso das Gesuch des Professors Dr. Fiedler zur Errichtung einer Hochschule am Fulweg. Das Baugesuch des Heinrich Menges für die Gärten wird zurück-gewiesen.

Juridgewiesen wird das Baugesuch des F. und L. Wehrmann zur Errichtung einer Verkaufsanlage. Eine Friedhofstraße und des Beplater Weges. Außerhalb der Tagesordnung wird die Aufstellung des Ausstellungspavillons auf dem Grundstück der Firma Sad & Inghardt genehmigt.

Die Ortsbauabteilung zum Bebauungsplan östlich der Marburger Straße wird genehmigt. Auf dem Bebauungsplan südwestlich der Schützenberger Weges bis zur Oberhörsingstraße beantragt die Baudeputation, die Straße, die an dem Kaufmannschen Grundstück projektiert wird, zu befestigen. Die Veranlagung ist mit dem Antrage einverstanden.

Das Gesuch des Karl Räßel und Franz Schmidt wegen Verlangung eines Feldweges am Rahnberg wird zurückgewiesen. Beim Bau der Umgehungsbahn bei Klein-Straden ist eine neue Ueberführung an der Frankfurter Straße nötig. Der Ausschuss beantragt, die Ueberführung in einer Breite von 25 Metern anzulegen und mit einer Rampe zu versehen. Es folgt eine eingehende Rücksprache mit der Eisenbahndirektion gewonnen werden.

Die Stelle des Rammels, der die städtischen Abfälle zu sammeln und zu befeuchten hat, soll künftig öffentlich ausgeschrieben werden.

Das Hypothekenbuch der Gemarckung Gießen Bl. 7—19 und 40—60 soll erneuert werden. Die Gesamtkosten betragen

### Johann Sperl †.

Johann Sperl und Wilhelm Leibl — eine Kameradschaft.

Die innige Freundschaft, die Sperl mit Leibl verband, ging auf recht alte Zeiten — bis ins Jahr 1865 — zurück und dauerte auf tiefem Grund bis zum Tode des Leibl im Jahre 1900. Leibl hielt auf Sperl ganz außerordentlich viel. J. Warr, beider Freund, hat über diese Kameradschaft einmal allerbhand eingehende Mitteilungen gemacht. Wenn Leibl im Atelier, Sperl drüben malte, so stand dieser oft mitten in der Arbeit herein, um ein ganz gemaltes Stück zu prüfen; und wenn dann sein Urteil günstig ausfiel, oder gar das Wort „unvergleichlich“ von seinen Lippen kam, war der Meister hocherfreut und gewann wieder die Sicherheit des Selbstvertrauens. Sperl's Urteil war sein Anker; „was Sperl gut nennt, ist wirklich gut, darauf können Sie sich verlassen“, das war sein Wort. War Sperl abwesend, so vermisste Leibl ihn ganz außerordentlich, und sein Bild Leibl's ist entstanden, ohne daß Sperl in Rat und Tat mitgewirkt hätte. Sperl hat Leibl über viele Stunden der Schaffheit und Mühseligkeit hinweg-geschafft; er hat den Kraftmenschen in ruhige Bahnen zu lenken verstanden, wenn einer jener „extravaganten Wutausbrüche“ drohte über seine Ungeduld sich zu förmlichen Drängen zu steigern und schickte. Seinen Tadel aber, mit dem er nicht zurückhielt, wußte er schon zu rechter Stunde und in der rechten Form anzubringen. In seiner Würdigung dessen, was er an Sperl hatte, war Leibl ganz ohne seinen Freund und sein Verhalten innig befangen. Wenn er sich über etwas geärgert hatte, dann sagte er oft: „Sage dem Sperl nichts davon, er reißt sich auf und das schadet ihm.“ Die rührende Sorgsamkeit Sperl's für den kraftmenschen Leibl hat etwas Heiliges und Romantisches zugleich. Er mochte Leibl's athletische Extrablätter gar nicht sehr leiden; und als Leibl ihn einmal rief, dagegen solle sehen, wie er jetzt die schwere Eisenkugel hebe, da rief Sperl unerschrocken zurück: „Das kann der Hofmüller-Deble noch viel besser!“ Jeden Abend wollte Sperl eine Zeitlang die Stange in der rechten Hand und schlug von dem schweren Stein mit dem Eisenring auf Aufwendung aller Kraft Teile weg — jeden Morgen sog Leibl die Stange wieder aus dem Boche, auf den Stein aber band er als Ersatz für das Weggenommene kleinere Steine. Und das ging von beiden Seiten stillschweigend ab, wie sie denn überhaupt bei größter Jungfräulichkeit des Empfindens mochte klar blieben. Leibl war in Handgriffen meistens taubstumm. Dantierte er mit einem Hammer, so schlug er sich; brauchte er eine Säge, so wuschte er sich. Da sprach dann Sperl, der beneidlichere und geschicktere, immer hinzu und Leibl konnte ohne den beneidlichen Freund kaum noch bestehen. Später wurde Leibl aber von Sperl im Firmian, was ihm Leibl's ganze Bewunderung eintrug. Sie haben übrigens auch eine Anzahl gemeinsamer Bilder gemacht; im ganzen erzipieren neun dieser Art und es ist ihnen, als ob Sperl's Bäume und Büden durch Leibl's Erde und Leibl's Figuren durch Sperl's Empfinden hindurchgegangen wären. So bilden diese Werke Reflektoren eines Freund-schaftsverhältnisses, wie es die Künstlergeschichte nicht eben häufig kennt.

### Wie entsteht ein Erdbeben?

Zu Zeiten, wo gewaltige Erdbebenkatastrophen auftreten, um die Gemüter zu erschüttern, tritt die Frage nach der Entstehung dieser oft so furchtbaren Erscheinungen mehr oder weniger in den Vordergrund. Man will wissen, welche Ursachen hier wirksam sind, und man möchte ergründen, wie man sich etwa durch Vorzeichen warnen lassen konnte, wenn solche Gefahr droht.

Man ist es aber durchaus nicht leicht, sich über die Entstehung der Erdbeben klar zu werden! Das liegt vor allem darin begründet, daß wir über das Innere unseres Planeten nur wenig wissen, und daß wir darum auf mehr oder minder unsichere Hypothesen angewiesen sind.

Besonders betrifft das Innere der Erde die Kräfte, die ganz entgegengelegte Aufgaben haben. Man nimmt an, daß der Kern einen Ball aus Eisen darstelle, welche den Ursprung der Wärme bilden sollen. Gegenüber dem vermutet Johnson, daß das Erdinnere von einer kalten Masse gebildet werde. Beide Ansichten stimmen allerdings darin überein, daß sie unter der letzten Erdkruste ein sogenanntes „Rama“ annehmen, einen glühlichen Brei, der gelegentlich bei vulkanischen Ausbrüchen an die Erdoberfläche gelangt.

Man würde man so vielleicht zur Erklärung der Entstehung der Erdbeben der Kenntnis des Erdinneren entraten können. Sobald es sich allerdings um die Veranlagung von Erdbeben handelt, tritt sofort die Frage wieder auf, welche Stoffe diese Wellen denn in der tiefsten Tiefe antreffen. Aber entstehen mögen diese Beben vielleicht doch mehr an der Außenwelt, also in geringeren Tiefen.

Aber wie weit sind wir denn bis jetzt in die Erdkruste eingedrungen? Noch bis vor kurzer Zeit fand sich in Gärten die Angabe, daß das tiefste Bohrloch der Erde in Paris Höhen in Ober-schichten zu finden sei, und daß dasselbe 2002 Meter tiefe. Gegenwärtig ist dieses Bohrloch allerdings durch ein anderes übertrumpft worden, welches sich bei Sperenberg, südlich von Berlin, befindet. Aber bedeutsam tiefer ist es noch nicht, und wir müssen sagen, daß wir noch kaum mehr als zwei Kilometer in unseren Planeten hineingedrungen sind!

Stellen wir einen Globus her, dessen Durchmesser etwa sechs und einen halben Meter beträgt, so würde ein Bohrloch von zwei Kilometer Tiefe nicht mehr als rund — einen Millimeter in seine Oberfläche reichen, wenn es im richtigen Verhältnis bemessen würde. Dabei bleiben wir eben auch dort auf Vermutungen angewiesen, wo es sich noch um Gebiete des Erdinneren handelt.

Demnach kann man sich mit der sogenannten „Schrumpfungstheorie“ gemäß befremden, welche die Erscheinungen der Erdbeben einleuchtend und ziemlich einfach erklärt.

Sie geht im wesentlichen davon aus, daß der Erdball sich abkühle, und daß er sich dabei zusammenziehen müsse. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß beispielsweise ein Stab Eisen, welches wir glühend machen, einen größeren Wärmeinhalt ausstrahlt, als wenn es kalt geblieben ist. Und es lassen sich aus diesen Zusammenhängen umsoher jene Erscheinungen ableiten, welche wir als Erdbeben anprechen.

Wenn erinnert man hier an das Bild eines durch Trockenheit zusammenschrumpfenden Leibes. Allerdings ist die Ursache jenes Meinerwerden nicht in einer Abkühlung zu suchen; aber die Folgen der Schrumpfung sind für die Betrachtung irdischer Verhältnisse sehr lehrreich. Genaue Beobachtung zeigt man bei einem solchen Leibe, daß sich seine Schale mehr und mehr ringelt. Offenbar ist also das Innere verhältnismäßig rascher eingetrückt, als die Hülle, welche ihn nun wie ein zu weit benutztes Gewand umhüllt, das überall Falten wirft.

Und solche Faltenungen, solche „tektonischen“ Bewegungen, haben wir auch auf der Oberfläche unseres Planeten. Oft erfolgen sie ganz langsam, und es zeigt sich dabei im Lauf ungemessener Zeiten da und dort ein Gehirgsrücken als riesige Kugel empor; bisweilen jedoch treten diese Erscheinungen so plötzlich auf, daß sie eine Katastrophe bedeuten, die sich vielleicht tiefer in der Kruste der Erde vollzieht, die aber doch furchtbare Gräuße heraufbesend.

Man kann aber auch noch eine ganz andere Erklärung der Abkühlung aufstellen, welche ebenfalls allerbhand Erderschütterungen hervorruft. Wenn der Schmelz eines Reizes an einem Rad befestigt wird, so zieht er ihn beständig nach sich, und er reißt dabei darauf, daß sich derselbe nachher beim Abkühlen fest zusammenzieht und aufsprengt. Aber wir werden uns auch leicht vorstellen können, daß der Reizen sehr wohl zerreißen mag, wenn er eine schwache Stelle aufweist.

Und ganz ähnlich werden die Verhältnisse in unserer Erdkruste liegen. An der einen Stelle zieht sie dagegen wie ein stiel Zeug, das zu knapp bemessen wurde.

Nimmt man ferner mit Tamman an, daß die tiefer liegenden Schichten der Erdkruste in Form von Zellen aufgebaut seien, so gewinnt man neues Erklärungsmaterial. Wie oft mag es vorkommen, daß solche Zellräume in sich ungemessenermaßen! Es lassen sich ja dafür die verschiedensten Veranlassungen denken. Der Druck beim Zusammenschrumpfen mag wirken; chemische Einflüsse haben einen Verformungsprozess hervorgerufen; das Wasser hat mit fallendem Wasserdruck erschüttert, kurz, es fällt nicht schwer, solche Ursachen für möglich und natürlich zu halten.

Sind nun solche Katastrophen nicht unter der Erdoberfläche statt, so bricht wohl ein Teil derselben ein, und wir erleben ein sogenanntes „Erdsturzbeben“.

Und noch eine ganz andere Ursache kann wirksam werden! Wenn sich neue Magmamassigkeiten in leere Zellräume ergießen, so wird dies kaum ohne Erschütterungen vor sich gehen, welche wir drauhen dann wohl als gefährliche „vulkanische“ Erdbeben wahrnehmen.

So doch manniache Gefahr! Wenn die Katastrophen nur nicht so plötzlich hereinbrechen! Und darum wird stille Fürcht stets in den Gemütern dererjenigen wohnen, die ihre Stelle in den Gebieten der Erdbebenlande aufgeschlagen haben.

— Kurze Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. In Bab Hising in Oberbayern ist der Landschafts-maler Johann Sperl im Alter von 73 Jahren gestorben.

350 M., wozu die Stadtasse die Hälfte zu tragen hat, während der Staat die andere Hälfte trägt.

Im das Bergedorf der den Militärärzten vorbestimmten Stellen werden nachträglich Stellen von Straßwärtern, weil nach neuer Ordnung auch die Kreuzstraßenwärterstellen mit Militärärzten besetzt werden können, und die Straßbahnwärter ausgenommen.

Die Einnahmen und Ausgaben des Realgymnasiums und der Realschule für 1913 betragen 217 368 M. Die Rechnung wird nicht beanstandet.

In der höheren Mädchenschule soll das Schulgeld für die 1. bis 7. Klasse auf 130 M. jährlich erhöht werden, in den Klassen 8 bis 10 auf 120 M. Für Schülerinnen aus dem Großbezirkraum außerhalb Wichens tritt noch ein Zuschlag von 12 M. für solche außerhalb des Großbezirks ein. Zuschlag von 20 Mark hinaus. In der erweiterten Mädchenschule wurde das Schulgeld auf 72 M. für die vier oberen, auf 60 M. für die vier unteren Klassen erhöht.

Stadtv. Urkadi bemerkt, daß gegen die Anstaltskosten des Staates Front gemacht werden müsse. Eine Erhöhung des Schulgeldes in der erweiterten Mädchenschule hält er nicht für notwendig.

Stadtv. Winn tritt für die Erhöhung des Schulgeldes ein. Verlegung der städtischen Kempter in die alte Klinik.

Zur Verhinderung von Anträgen für die städtische Verrentung gibt Oberbürgermeister Keller zunächst einen Überblick auf die Entwicklung der Frage. 1904 hatte Bürgermeisterei Altona bereits beim damaligen Oberbürgermeister den Antrag gestellt, daß der städtischen Verrentung geringere und günstigere Anträge zur Verlegung gestellt werden möchten. Er machte in seinem Schreiben den vermittelnden Vorschlag, den Verrentungsfall zu zerlegen und die Stadtverordnetenversammlung in einem anderen städtischen Gebäude abzuhalten. Im Juni 1910 verfertigte das Hochbauamt einen Kostenschätzplan. Ein Jahr später wurde die Verrentung der alten Klinik ins Auge gefaßt, wogegen sich ein lebhafter Widerstand erhob. Später schickte die Stadtvinna und Sommer Anträge, die die Verlegung der alten Klinik zur Bürgermeisterei zum Ziele hatten. 1912 wurde ein Vorschlag von sieben Mitgliedern gemacht, der die Angelegenheit vorarbeiten sollte. Dieser erklärte nach eingehender Prüfung gegen vier Stimmen (Friedberger und Löber, die alte Klinik für günstig und beantragt einen Wettbewerb unter den Architekten Wichens zum Umbau der Klinik. Mit 12 Stimmen (gegen 6 Stimmen, dabei 7 Stimmenthaltungen) stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem Vorschlag zu und warf 2000 M. für das Preisentscheidungsamt aus. Ein Einspruch mit 30 Unterzeichnern wurde von der Aufsichtsbekörderung abgelehnt.

Darauf teilte der Redner nochmals das Ergebnis des Preisentscheidungsamt mit und dankte den Preisrichtern für ihre Tätigkeit.

Am 29. Juli d. J. beschloß der Ausschuss, folgenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen:

„Es wurde beschlossen, bei der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen, daß die Herstellung der früheren städtischen Klinik für die Unterbringung der städtischen Kempter alsbald nach Schluß der Gewerbaustellung auf Grund des kaiserlichen Konzessionsbeschlusses, ausgearbeitet vom städtischen Hochbauamt, vorgenommen werden soll.“

Stadtv. Winn führte aus: Daß die alte Klinik geeignet ist, hat das Konkurrenzentscheidungsamt gezeigt, welches uns wertvolle Hinweise für die Einweisung der Bürgermeisterei gegeben hat. Auch die Gewerbaustellung hat uns bewiesen, daß sehr hübsche Räume in der alten Klinik vorhanden sind und daß der Platz vor dem Gebäude sich vorzüglich eignet. Man müßte es als einen Fehler bezeichnen, wenn man einen so schönen Platz bis an die Straße bebaut wolle. Oberbürgermeister Reu in hatte seinerzeit die alte Klinik der Bauverwaltung bereits verkauft. Die Stadtverordnetenversammlung hatte diesen Verkauf zurückgenommen, aber die Bedingung daran geknüpft, daß ein weiteres Stück über die Franzstraße Straße nicht gelegt werden dürfe und der Rangierbetrieb nicht weiter ausgedehnt wird. Diese Bedingung war wohl berechtigt, da man eine weitere Vergrößerung des oberen Stadtteils nicht zulassen wollte. Die Bahn hatte die Bedingung nicht angenommen. Aber auch in anderer Richtung hat man versucht, die alte Klinik noch nutzbar zu vermerken. Der Redner habe sich selbst Mühe gegeben, die alte Klinik zum Teil für eine ständige Ausstellung und zum anderen Teil für ein Museum zu verwenden. Auch als Sanatorium versuchte man die Klinik heranzuziehen. Alle Projekte scheiterten aber an der Geldfrage. Ohne daß man ein allzu großer Anhänger der Verlegung der städtischen Kempter in die alte Klinik zu sein behauptet, muß man aber jetzt doch einmal daran denken, daß im städtischen Interesse Verwertung gefunden werden muß für ein Objekt, welches uns jedes Jahr 8000—10000 Mark Zubehör kostet. Sonst gibt es keine bessere Verwendung der alten Klinik als die städtischen Kempter dort oben zu vereinigen. Es sind vielfach die hohen Kosten bemängelt worden. Die Verfertigung des Baues wird sich für Zwecke der Bürgermeisterei zum Preise von 150 000 Mark gut ausführen lassen. Der Wunsch, daß der untere Stadteil durch Verlegung der Bürgermeisterei in die alte Klinik geschädigt wird, ist unfähig, ebenso die Behauptung, daß der obere Stadteil größeren Nutzen davon haben werde.

Stadtv. Petri stellt einen Antrag auf Verlegung, mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl der Stadtverordneten, man solle die Angelegenheiten an der wichtigen Beratung teilnehmen lassen. — Der Vorsitzende hält die Verlegung einer so breiten Frage für verfehlt. — Stadtv. Setters unterstützt den Antrag. Ebenso Stadtv. Urkadi, der zuerst die Befolgungsvorlage der Lehrer, die Anträge der Straßenbahnführer über Straßengraben usw. für einleitend hält. Auch der Beigeordnete G. m. u. l. u. kann sich nicht entschließen, für die Verlegung der alten Klinik der Klinik nötigen 180 000 M. einzusetzen. Er bittet, den Ernst der politischen Lage in Betracht zu ziehen, man wolle nicht, was die nächsten 24 Stunden bringen würden. — Beigeordneter G. r. u. e. w. l. d. tritt nachdrücklich für die baldige Umlegung der Kempter ein. — Stadtv. Dr. Ebel ist für sofortige Verlegung, er hält beruhigend hinzu, der Rathausbau gehe auf Vermehrung und sei daher schon durch die Anleihe gedeckt, während die Befolgung usw. auf laufende Rechnung gehe.

Es erfolgte Abstimmung über den Antrag Petri. Er wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der weiteren Beratung und Stadtv. Sommer folgende Erklärung ab: Bei der Abstimmung über die Klinikfrage und Einlegung des Preisgerichts sei er unter den sieben Herren gewesen, die sich der Stimme enthalten haben. Das habe er nicht aus Feigheit getan, wie es den Herren öffentlich vorgeworfen worden sei, sondern er habe sich der Meinungshaltung und Stimmabgabe enthalten müssen, weil ihm die damals geforderte Summe von 200 000 M. außerordentlich hoch erschienen sei, und weil der geplante Umbau der Halle der Klinik unzulässig gewesen sei. Jetzt liege die Sache anders, der Plan des Herrn Schön sei brauchbar, immerhin seien die Kosten von 180 000 M. noch recht hoch, zumal wenn es sich um ein Provisorium handele.

Stadtv. D. e. n. i. c. h. t. will für ein Provisorium nicht eine solche Summe ausgeben und empfiehlt, den Platz, auf dem sich jetzt die Bürgermeisterei befindet, in Betracht zu ziehen. Das Gelände sollte 3800 Quadratmeter, reiche also für einen Neubau aus. Die erforderlichen 500 000 M. könne man in dreijährlichen Perioden zahlen.

Darauf machte der Beigeordnete Krenzien folgende Angaben:

Das Gebäude der Klinik hat ein Alter von 100 Jahren, man kann ihm zum mindesten noch eine Haltbarkeit von 50 Jahren zuerkennen. Das Gebäude wurde bis 1908 vom Staate unterhalten durch eine jährliche, ziemlich hohe Auswendung von 3000 Mark (1,6 Proz.). Seit 1908 wurden von der Stadt nur 3179 Mark aufgewendet, infolgedessen ist das Gebäude in schlechtem Zustande. Eine genaue Untersuchung am Ort und Stelle habe gezeigt, daß die Fassade neu geputzt werden müsse, das Dach sei in gutem Zustande, ebenso das Holzwerk des Daches bis auf einige Deckplatten, die leicht ausgetauscht werden könnten. Die Reibung

des Daches sei erst in etwa 10 Jahren nötig. Die Fenster seien zu 1/2 ersatzbedürftig. Der Fußboden sei größtenteils noch gut. Für Reparaturarbeiten müsse man 9000 M. ausgeben. Die Schreinerarbeiten seien meist in gutem Zustande, nur die Türen seien vielfach beschädigt. Für Instandhaltung (Reinigung, Öl- und Entrostung, Beschäftigung, Kleben und Leimen) müsse man nach den Vorkalkulationen der Firma Schaffhäuß, des städtischen Elektricitätswerks und des Tischbauamtes 57 000 M. ausgeben. Eine Verfertigung des Kellers sei erforderlich. Die Anlage der Ställe erfordere einen erheblichen Betrag für Kleinarbeiten. Für den Sitzungsraum sei die Vergrößerung einer Reihe von Säulen nötig. Die einzelnen Posten belaufen sich, wie folgt: Abbrucharbeiten 3900 M., Umbau- und Kleinarbeiten 21 000, Steinbauarbeiten 410, Zimmerarbeiten 13 040, Trägerleistungen 2400, Grobholzarbeiten 500, Dachdeckerarbeiten 1600, Spenglerarbeiten 400, Tischlerarbeiten 425, Schiefer 500, Zement, Tapeten 5000, Heizung, Beleuchtung, Wasser, Licht 57 000, Einbringung und Hof 15 000 (Kloster mit Lenz), für unvorhergesehene Arbeiten 11 000; zusammen für das Hauptgebäude 179 000 M. Dazu kommen für die Nebenflügel 11 000 M.

Von dem Grundstück, auf dem sich die Bürgermeisterei jetzt befindet, entwerft Beigeordneter Krenzien folgendes Bild: Der Raumbedarf betrage 3550 Quadratmeter ohne Terrassenanlagen, hierfür seien 75 Prozent nötig, so daß insgesamt 5300 Quadratmeter nötig seien, die auf drei Stockwerke verteilt einen Platz von 3800 Quadratmetern beanspruchten. Eingeschlossen sei dabei das Grundstück der Pastorenkirche, das mit 40 000 M. bewertet sei. Das Gebäude müsse 17 Meter hoch werden. Es erfordere eine Baugrunderhebung von 545 000 M., an Unkosten also insgesamt 580 000 M., und ist nicht erweiterungsfähig.

Stadtv. Janu erkennt die Notwendigkeit neuer Kempter an, ist aber gegen die Verlegung außerhalb der Stadt und hält die Kosten für zu hoch. Stadtv. Wimmener ist für die Verlegung in die alte Klinik und meint, daß sich das Gebäude wohl länger als 50 Jahre halten werde. Stadtv. D. u. b. a. erkennt auch die Notwendigkeit der Verlegung an, er ist jedoch für den jetzigen Platz an der Süd-Anlage.

Stadtv. Setters: Der Plan der alten Klinik ist günstig. Wenn es sich aber nur um ein Provisorium handelt, sind die Kosten zu hoch; wenn die Verlegung für dauernd sein soll, könne ich dafür. Abgesehen von der Lichtfrage — die Korridore seien sehr dunkel — sei nichts gegen den Plan einzuwenden. Man möge sich bald entschließen, da in der jetzigen bedenklichen Zeit ein großer Teil von Arbeitern beschäftigunglos sein werde.

Oberbürgermeister Keller stellt fest, daß der Kaufpreis kein Provisorium, sondern einen dauernden Zustand wolle. Es sei nötig, daß man eine Reihe von Reservieräumen übrig habe. Die Räume könnten zunächst anderweitig vermietet werden.

Stadtv. Schaffhäuß ist auch für die Verlegung in die Klinik. Stadtv. Sommer macht Vorschläge über die Verwendung der Reservieräume. Stadtv. Winn findet die aufgeworfene Summe von 1100 M. für die Nebenflügel außerordentlich hoch. Stadtv. Löber befragt energisch die Verlegung der Kempter in die Klinik, die durch den Mangel an Luft ungesund sei, für einmüde, den ihm der Vorsitzende widerspricht.

Stadtv. D. e. b. e. n. i. c. h. t. ist nun überzeugt, daß es sich um einen regelrechten Umbau, um kein Provisorium handelt. Er schlägt jedoch vor, ein Preisentscheidungsamt für alle belästigten Anstreicher zu veranlassen zur Errichtung eines Neubaus auf dem jetzigen Platz. Man würde einen Bau für 200 Jahre bekommen, eine Vergrößerung sei dann nicht nötig. In die Klinik könne man das Museum legen. Dieser Widerspruch Stadtv. Dr. Ebel: ein Umbau zum Museum sei noch viel teurer. Man müsse auf jeden Fall verhindern, daß die alte Klinik in die Hände der Eisenbahn falle, denn sie könne zunichte werden. Beigeordneter G. r. u. e. w. l. d. ist ebenfalls der Ansicht, daß die Kosten für die Errichtung eines Neubaus viel mehr als 180 000 M. betragen würden; das Museum, das von Freunden besetzt werde, müsse mitten in der Stadt liegen.

Darauf schreiet man zur Abstimmung. Stadtv. Faber beantragt namensliche Abstimmung. Das Ergebnis ist folgendes:

Es stimmten dem Vorschlag des Kaufschlusses zu: Oberbürgermeister Keller, Beigeordnete G. r. u. e. w. l. d., Stadtv. Winn, Wimmener, Setters, Ullrich, Sommer, Simon, Schaffhäuß, Blank, Ullrich, Leib, Dörrich, Fischauer und Ebel.

Gegen den Antrag stimmten: Beigeordnete G. m. u. l. u., die Stadtv. Petri, Löber, Janu, D. u. b. a., Selma, D. e. b. e. n. i. c. h. t. und Faber.

Somit ist mit 16 gegen 8 Stimmen der Antrag des Kaufschlusses angenommen, die Bürgermeisterei in die alte Klinik zu verlegen.

Oberbürgermeister Keller dankt im Namen der städtischen Beamten für diesen Beschluß.

Stadtv. Dr. Ebel spricht den Herren, die sich um das Jugendfest verdient gemacht haben, seinen Dank aus. Oberbürgermeister Keller dankt sich im Namen der Stadt an und dankt Herrn Dr. Ebel für seine verdienstvolle Leitung des Festes.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr.

### Universitäts-Nachrichten.

(1) Marburg, 30. Juli. Der Dermatologe, Professor Dr. Hans Häbner wurde zum Oberarzt der Hautklinik der städtischen Krankenhäuser in Altona ernannt. — Mit Beginn dieser Woche traten nach fünf hundertjährigen Korporationen ihre Stützungsfeier ab. Jetzt sind auf einmal die vielen, teils schon wechselnden Namen in den Straßen verschwunden, das Commercialcenter steigt sich seinem Ende zu. Mit dem Absterben wird diesmal wegen der gespannten politischen Verhältnisse und weil die Studierenden bereits abgereist im Bereiche sind, morgen begonnen. Die Vorstellungen dürften mit Ende der Woche enden.

— Der Geh. Medizinrat Prof. Dr. Gustav Schwalbe, Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Straßburg, feiert am 1. August seinen 70. Geburtstag.

### Vom Wandervogel.

Es wird uns gemeldet: Ausbreitungen der Wandervogel im Taunus wurden Anfang Juni von den verschiedenen Vereinen gemeldet. Besonders schärfen sollte es in Schöffelsborn, Pöckelsborn und Cronberg, auf dem Heideberg und Grottenberg gewesen sein. Ich habe daraufhin an den zuständigen Stellen angefragt, ob bei den Ausbreitungen Angehörige unseres Bundes des Wandervogel C. B. (Eingetragener Verein) Bund für deutsches Jugendwandern" beteiligt seien. Der Bürgermeister von Schöffelsborn erklärte daraufhin, daß von den vielen Hebervereinen selbstständiger Forscher, die schon ausgehalten worden sind und nach einer Legitimation befragt wurden, ich keiner als Mitglied des Wandervogelbundes legitimiert hat. Er wolle also darnach annehmen, daß sie es hier durchweg mit Lesern zu tun hätten, die dem Bunde nicht angehören, also unter solcher Flagge liegen. Von Cronberg kommt mir die Mitteilung, daß die Mitglieder des Wandervogelbundes für die Ausbreitungen der „Wissen Wandervogel" nicht in Betracht kommen. Nach Pöckelsborn kommen nach Mitteilung der dortigen Bürgermeisterei Arbeiter keine organisierten Wandervogel. Bei dem einen Heidebergort hatte ich wegen der Fachstandsänder, die durch die Unvorsichtigkeit abfahrender Leute abgedrückt sind, und wegen der Einbrüche auf dem Heideberg, die von Quartier suchenden Wandervogelern verübt worden waren, angefragt. Nach hier erhalte ich die Nachricht, daß organisierte Wandervogel nicht dabei beteiligt waren. Der Verfasser des in der „Wöchentlichen Zeitung" erschienenen Artikels über Ausbreitungen im Taunus schreibt auf meine Anfrage: Richtig, daß die organisierten Wandervogel die dortigen Wandervogel sind und deren Helfer beschäftigt, sondern in erster Linie waren es die Pöckels-Wandervogel, die durch die Umstände den Umständen unserer Preise hervorgerufen. Er rät gegen Schluß zur Beachtung sehr wichtiger Beobachtungen,

denen auch hier bei man uns Nutzen zur Last gelegt, ein denen wir ganz unbeteiligt sind irgend ein Abzeichen einzuführen. Ein Unerschwinglichkeit: Wir wandern alskol- und infotin- frei. Wer also auf Wanderrängen ruht und trinkt, gehört nicht zu uns. Dann, abgesehen von dem übernat. Reiter auf Mäusen Grund, den die meisten unserer Wandervogel tragen, heißt jeder, der unsere Verbände angeht, einen vom „Wandervogel C. B. der unsere Verbände angeht" ausgeschickten Ausweis. Die Bund für deutsches Jugendwandern" ausgeschickten Ausweis. Die Führer anderer Wandervogel sind sogar mit einem amtlich beglaubigten Ausweis versehen. Und wir bitten alle, Behörden und Bevölkerung, sich von unsern Wandervogel die Aufweise vorzeigen zu lassen, denn dann läßt sich sofort feststellen, ob bei irgend welchen Vorkommnissen auch wirklich Wandervogel beteiligt waren. Wir bitten ferner nur solche Wandervogel, deren Führer einen amtlich beglaubigten Ausweis besitzen, durch Aufweiser oder Gewächtern einer billigen oder kostenlosen Ueberwachungsgelegenheit zu unterstützen, denn dadurch werden solche Elemente fallgelöst, die sonst unter falscher Flagge die Wanderrängen mit bis Gefährlichkeit zum wahren Nutzen betrachten. Für den „Wandervogel C. B. Bund für deutsches Jugendwandern" W. Stein, Bamberg.

### Sport.

X Das Intern. Lawn-Tennis-Turnier in Bad. Nomburg v. d. S. In dem diesjährigen großen Turnier vom 25. bis 30. August werden alle besten deutschen Spieler und andere kontinentale Grads erwartet. Aus England haben ihr Erscheinen bereits zugesagt: C. S. Diron, F. G. Lowe, W. H. R. Morton, Mr. und Mrs. Dillford, G. C. Ball-Greene und W. R. Gavel. Außer den üblichen Vorgabeleistungen kommen das Herren-Ginnetpiel um den Nomburger Pokal im Werte von fünfzehnhundert Mark, das Herren-Troph-Ginnetpiel für Spieler, welche in der ersten und zweiten Runde der ersten Konkurrenz (Nomburger Pokal) geschlagen werden; ferner das Damen-Ginnetpiel um die Dorothea-Pokal, einen neuen von Sir Thomas Dewar (London) gestifteten Ginnetpreis, sowie das Herren-Doppelpiel um den Stewart-Pokal, den William Rhindlands Stewart New York im Jahre 1902 zur Förderung internationaler Doppel-Pokal-Spiele stiftete, zum Austrag. Zum Turnierleiter wurde wieder Hr. A. Boigt (London) bestellt.

X Offiziers-Lawn-Tennis-Turnier in Bad. Nomburg. Die fünfzehnjährigen Spieler wurden am Mittwoch die Wettspiele derart gefördert, daß noch am Abend der Kaiserpreis zum Austrag kommen konnte. Nach einem längeren, sehr interessanten und spannenden Kampfe, bei welchem Hr. Dorringer leider nicht die gewohnte Form zeigte, ging Hr. Präfes (Inf.-Regt. 51) als Sieger hervor. Den 2. Preis erhielt Hr. Döffner (Bad. Inf.-Regt. 113), je einen 3. Preis erhielten Hr. Doreis (Inf.-Regt. 9) und Hr. F. Pering (Inf.-Regt. 80). Auch die anderen Konkurrenzten konnten erheblich gefördert werden.

### Berichtsjahr.

Fänigsberg, 30. Juli. Der Wasserschutzmeister Dobinski vom Infanterieregiment Nr. 3 der seinerzeit wegen Berrates militärischer Geheimnisse zu 15 Jahren Zuchthaus, 30 000 M. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen verurteilt worden war, hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. In der Berufungsverhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ließ das Oberkriegsgericht unter Aufhebung des erlöschenden Urteils nur eine Ermäßigung der Geldstrafe einbringen, die auf 8000 M. oder für je 15 M. ein Tag Zuchthaus bemessen wurde. Im übrigen wurde das Urteil des Vorderrichters bestätigt.

### Bandel.

— Rinette, die Konkurrenz unserer deutschen Eisenerze, ist in den ersten fünf Monaten d. J. in Höhe von 3 833 486 Tonnen gegen 3 816 474 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres von Frankreich nach Deutschland, Luxemburg und Belgien eingeführt worden. Es sind dies trotz der schlechtesten Konjunktur rund 17 000 Tonnen mehr als im Vorjahre.

### Märkte.

X Ulrichstein, 29. Juli. Vergangenen Montag, Dienstag und heute wurde wiederum der schon seit Menschengezeiten und soll in ganz Oberhessen bekannte „Ulrichsteiner Jakobsmarkt" abgehalten. Am Montag fand nämlich der Viehmarkt statt. Eine große Anzahl Kühe, Rinder, besonders aber Stiere aus der Umgegend waren aufgetrieben. Der gelblich Schweinemarkt war gut besucht. Durchschnittspreis für Ferkel 30—50 M. — Heute war der sog. „Leutmarkt". Gegen 2 Uhr sah man aus den Nachbarkörtern, wie Heddesheim, Röhlsheim, Ober-Seibertsdorf usw., große Menschenmengen, teilweise zu Fuß oder auch zu Wagen, nach der „Zentrale des Vogelsberges", Ulrichstein, reisten. Selbst weiter abgelegene Dörfer: Ober-Ohmen, Sellrod, Weiche u. a., verdrängten es nicht, alten Verkommen gemäß den weisen Weg zu machen. Bei schönem, warmem Wetter wäre alles, was nun noch ins Auge fällt, so weit zu gehen, auf dem im Volksmunde genannten „Gobbesmarkt" geist. In der Hauptstraße von Ulrichstein waren zu beiden Seiten Verkaufstände von vorne bis in Ende der Straße aufgestellt. Nach der Obststraße zu haben Karuffel, Schokolade usw. ihren Platz. Bis zum tagenden Morgen hinein war die Jugend (die weibliche war alle in weißen Kleidern erschienen) bei Gelang und Tanz vergnügt.

X Wiesbaden, 29. Juli. Heu- und Strohmärkte. Angekauft: 5 Wagen Heu, 15 Wagen mit Stroh. Man notierte: Heu, neues, höchster Preis 3,50 M., niedrigerer Preis 2,50 M., Durchschnittspreis 3,00 M.; Stroh, höchster Preis 3,00 M., niedrigerer 2,40 M.; Durchschnittspreis 2,70 M. Krummstroh: höchster Preis 2,00 M., niedrigerer 1,60 M.; Durchschnittspreis 1,80 M. — Fruchtmarkt. Peter höchster Preis 1,00 M., niedrigerer 0,90 M.; Durchschnittspreis 0,95 M. Alles für 50 Rthl.

(In einem Teil der Auflage niederholt)

X. Frankfurt a. M. Viehhofmarktbericht vom 30. Juli. Auftrieb: Rinder 147, Ochsen 45, Bullen 5, Kühe und Fäulen 97, Kälber 832, Schafe 66, Schweine 876.

Tendenz: Kälber flott, Schafe ruhig, Schweine reger, wird geräumt.

	Rübe	Milch	W.
Reinste Rübe	60—64	100—107	
Mittlere Rübe und beste Saugrübe	54—58	92—98	
Geringere Rübe und gute Saugrübe	50—54	85—93	
Schafe			
Stallmästliche			
Reinere Masthämmer und jüngere Masthämmer	41—42	90—92	
Kleinere Masthämmer, auf gemästete junge Schafe und geringere Masthämmer	34—36	82—85	
Schweine			
Kostliche Schweine von 90—100 kg Lebendgewicht	48,00—50,00	62,00—63,00	
Kostliche Schweine unter 90 kg Lebendgewicht	47,00—48,00	60,00—61,00	
Kostliche Schweine von 100—120 kg Lebendgewicht	48,00—50,00	60,00—62,00	
Kostliche Schweine von 120—150 kg Lebendgewicht	48,00—50,00	60,00—62,00	

Verantwortlich für den politischen Teil i. S.: R. Dange.

### Ämtlicher Teil.

#### Bekanntmachung.

Sonntag, den 2. August 1914, von vormittags 5 Uhr ab, veranstaltet der Radfahrverein Ammerod ein Rennen auf der Strecke Ammerod bis Staatsstraße (sog. Großen-Balderer Straße) Keißlerhain—Vandensruh—Grünberg und zurück. Sicken, den 31. Juli 1914. Radfahrclub Ammerod, S. S.: Beldex.

# Schluss meines Total-Ausverkaufs wegen Geschäftsaufgabe in kurzer Zeit!

Die noch vorrätigen Waren werden bis dahin zu jedem annehmbaren Ausverkaufs-Preise verkauft.

8901a

Niewiederkehrende Gelegenheit zu solch billigem Angebot!

## A. Goldschmidt

Seltersweg 12 Giessen Seltersweg 12

# Färberei Braubach & Fischer

Chemische Waschanstalt

Seltersweg 79a, Tel. 627 Neuenweg 4, Tel. 553  
Gegründet 1848  
Grösster Betrieb der Branche in Hessen  
125 Angestellte

Wir erlauben uns, die Besucher der Gewerbe-Ausstellung auf unseren Pavillon im Garten aufmerksam zu machen. (Katalog Nr. 230.)

## Es ist kein Geheimnis mehr

wodurch Millionen sportives Frauen ihre äußerst feine, langlebige Dauer erhalten. Die verwendeten nämlich nur

## Schmeißer's Saucen Würfel

den Würfel zu 10 Pfg. der für 3 Pf. Fleisch hinreichend dem Braten, gleich von Beginn des Schmortens ab zugesetzt wird ohne andere Zusätze.

Nur echt mit rothiger Schutzmarke  
••••• hier überall zu haben.  
Machen Sie einen Versuch!



Große Auswahl in Tourist- u. Wandervogel-Utililien

Ludg. Kroll Ploekstr.

## Tapeten!

Naturoll-Tapeten u. 10 Pfg. an. Gold-Tapeten von 20 Pfg. an in b. schönst. u. neuert. Kunst. Man verl. kostenfr. Muster b. 78

Behr. Ziegler, Lüneburg. (1914)  
Bettleran. Frühkartoffeln  
seitwärtige Ware, verendet per Jenter zu 4.00 Mark unter Nachnahme (1914)  
Konrad Haub, Echzell.

# Extra-Preise für Einmachgläser

Von Samstag, den 1. August an:

## Einmachgläser

3/4	1/2	3/4	1	1 1/2	2	2 1/2	3 Liter
7	8	11	13	19	24	29	34 Pfg.

## Konservengläser

mit Deckel, Gummiring 3/4 1/2 3/4 1 1 1/2 Liter und Feder, breite Form 29 31 38 43 52 Pfg.

## Kaiser-Konservenglas

vorzögl. weisse Qualität, kompl. breite Form 1/2 3/4 1 Liter 43 48 55 Pfg.

## Steintöpfe

1/4	1/2	3/4	1	2	3	4	Wurf in hoch und nieder
11	22	33	44	88	132	176	Pfg. und grösser.

Verschiedene Haushaltartikel wesentlich unter Preis.  
••••• Beachten Sie gef. das Schaufenster. •••••



# J. Heilbronner

Marktstrasse 17 8006a Rittergasse 8

## Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. A wurden heute eingetragen die Firmen:

1. Kaiser-Magazin Karl Mahntopp, Gießen, Inhaber Kaufmann Karl Mahntopp. Dessen Ehefrau, Elise geb. Klüver ist Prokura erteilt.

2. Adolf Dinges, Gießen, Inhaber Kaufmann Adolf Dinges. Dessen Ehefrau, Ernestine geb. Krating ist Prokura erteilt.

Gießen, den 27. Juli 1914. 8919B  
Großherzogliches Amtsgericht.

## Bekanntmachung

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für die Gemeinde Limbach liegt zwei Wochen lang, nämlich vom 1. August bis 15. August d. J. auf hiesiger Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen.

Limbach, den 30. Juli 1914. 8917  
Großh. Bürgermeisterei Limbach, Stein.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 3. August bis zum 18. August dieses Jahres auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche dagegen sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Lauter, den 30. Juli 1914. 8915  
Großh. Bürgermeisterei Lauter, Aff.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1913 liegt vom 1. August d. J. an zwei Wochen lang auf der unterzeichneten Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen.

Reinhardshain, den 29. Juli 1914. 8916  
Großh. Bürgermeisterei Reinhardshain, Graulich.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom Samstag, den 1. August bis zum Freitag den 14. August dieses Jahres auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche gegen die Anmeldung oder gegen die Veranlagung des Betriebs sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Saasen, den 30. Juli 1914. 8921  
Großh. Bürgermeisterei Saasen, Schupp.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster für Gemarkung Veröb der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt zwei Wochen lang, nämlich vom 1. August bis 16. August 1914 auf hiesiger Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist, bei dem Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Veröb, den 29. Juli 1914. 8922  
Großh. Bürgermeisterei Veröb, Reuschling.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Gemarkung Lindenstruth für 1913 liegt vom 1. August d. J. ab zwei Wochen lang auf der unterzeichneten Bürgermeisterei zur Einsicht offen.

Lindenstruth, den 30. Juli 1914. 8925  
Großh. Bürgermeisterei Lindenstruth, Scheld.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster für Gemarkung Wimmerod der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 1. August bis 16. August 1914 auf hiesiger Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist, bei dem Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Veröb, den 1. August 1914. 8928  
Großh. Bürgermeisterei Veröb, Reuschling.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt zwei Wochen lang, nämlich vom 31. Juli bis zum 13. August d. J. auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Allendorf a. d. Oda., am 29. Juli 1914. 8907  
Großh. Bürgermeisterei Allendorf a. d. Oda., Rein.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 3. August bis zum 17. August d. J. auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Weitershain, den 29. Juli 1914. 8902  
Großherzogliche Bürgermeisterei Weitershain, Reichert.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt vom 1. August 1914 an zwei Wochen lang auf der unterzeichneten Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen.

Kesselbach, den 30. Juli 1914. 8908  
Großh. Bürgermeisterei Kesselbach, Schwab.

## Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1913 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 1. August bis zum 17. August dieses Jahres auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwasige Widersprüche dagegen sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Ettingshausen, den 30. Juli 1914. 8907  
Großh. Bürgermeisterei Ettingshausen, Reil.



## Jede Plättanstalt

bringt eine Patentplättmaschine von der Forst-Wäckerel-Zuschneidwerk Rumsch & Hammer 2000 Stk. im Betriebe. Forstl. 163 Offerte kostenlos.

## Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Gießen.

Stadt. Wohnungsnachweis Gießen, Akerweg 9.

Es sind zu vermieten: 89143  
1 Wohnung von 7 Zimmern, 1 Wohnung, 5 Zimmern und 2 Anzimmersimmern, 2 Wohnungen von 5 Zimmern, eine Wohnung von 4-5 Zimmern, 2 Wohnungen u. 3 Zimmern, 2 Wohnungen von 2 Zimmern, 1 Wohnung von zwei Zimmern ohne Küche, 6 möbl. Zimmer, 2 unmobilierte Zimmer, 1 Werkstatt, 1 Lager oder Fabrikraum, ein dreistöckiges Lagerhaus mit Werkstoff und Deuboden.  
Zu mieten gesucht: 41 Wohnungen von 2-6 Zimmern.

## Stadt. Arbeitsnachweis Giessen, Akerweg 9.

Es können eingestellt werden:  
a. bei hiesigen Arbeitgebern:  
1 Schmieb, 1 Zaitler, 1 Wäcker, 2 Schuhmacher, 1 Jäger, 1 Regier, 4 Hausdiener, 1 Feldarbeiter, 1 Werkführer, 1 Tagelöhnerin, 1 Gartenmädchen, Dien- und Kinder-mädchen.  
b. bei auswärtigen Arbeitgebern:  
1 Gärtner, 1 Jäger, 1 Regier, 1 Ritter, 2 Schuhmacher, 3 Schneider, 1 Schmieb, 1 Feigler, 1 Jäger, 1 Wäcker, 1 Müller, 2 Spengler, 40-50 Maurer, 15-20 Entwässerungsarbeiter, 1 Gärtnerei, Dienstmädchen, landwirtschaftliche Arbeiter.  
c. Es suchen Arbeit:  
1 Steinmetz, 3 Tapezierer und Volkerer, 2 Antzeiger, 1 Maler, 1 Elektrikmonteur, 2 Gärtner, 1 Lagerverwalter, 2 Buchbinder, 1 Schneider, 1 Schuhmacher, 2 Tischler, 2 Schneider, 1 Schmieb, 1 Feigler, 1 Jäger, 1 Arbeiter, 1 Gärtnerei, 1 Landm. Arbeiter, 1 Tagelöhner, 1 Arbeiter, 1 Hausdiener, 1 Stütze, 1 Kuh, 1 Hahn, 1 Kastrau, 4 Handlungsgehilfen und 1 Schneider.  
Gast- und Schankwirtschaftsgehilfe: 10  
Kassier, 10



# Gießener Anzeiger

---

Neueste Meldungen.

## Deutschland im Kriegszustand.

Ämtliche Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Berlin, 31. Juli. S. M. der Deutsche Kaiser hat auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern in den Kriegszustand versetzt. Für Bayern gelten dieselben Bestimmungen.

Berlin, 31. Juli. Aus Petersburg ist die Nachricht des deutschen Botschafters eingetroffen, daß die allgemeine Mobilmachung in Rußland angeordnet worden sei. Daraufhin hat S. M. der Deutsche Kaiser den Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen. S. M. der Deutsche Kaiser wird heute nach Berlin übersiedeln.

Frankfurt a. M., 31. Juli. Als militärische Maßnahmen kommen bei drohender Kriegsgefahr in Betracht:

1. An der Grenze und zum Schutze der Eisenbahnen erforderliche Maßnahmen.
2. Verkehrsbeschränkungen der Post, des Telegraphen, der Eisenbahn usw. zugunsten des militärischen Bedarfs.

Weitere Folgen des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr sind:

3. Erklärung des Kriegszustandes für das ganze Reichsgebiet.
4. Verbot über Veröffentlichungen von Truppenbewegungen und Verteidigungsmitteln,

Der **Kriegszustand** ist gleichbedeutend mit dem **Belagerungszustand** in Preußen.

(Artikel 68 der Reichsverfassung.)

